

Notizen von der Querfront (September ` 26)

>Köthen statt Kiew<

Rätseln über die Gründe für den *Last-minute*-Einzug des BSW in den Magdeburger Landtag. Die deutschen Sanktionen wegen des russischen Drohnenanschlagversuchs von Leipzig-Halle hätten putinpazifistische Wähler wohl als Eskalation empfunden und deshalb aus Trotz ihr Kreuz bei der Wagenknecht gemacht. Beschämender noch die These, die antisemitische Attacke gegen Selensky hätte ihre Wirkung wohl nicht verfehlt. Der ukrainische Präsident wurde auf einem schändlichen Wahlplakat, solchen der NSDAP in der Weimarer Republik durchaus ähnlich, als raffgieriger „Abzocker“ verunglimpft. Die Gründe für ihren knappen Erfolg werden so zurechtgebogen, dass am Ende immer die Ablehnung weiterer militärischer Unterstützung für die Ukraine herauskommt, für die die Regierung Merz angeblich unseren Sozialstaat zu opfern bereit sei.

„Köthen statt Kiew“ lautete eine der offenbar populären Parolen. Und in Fortsetzung beim Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern: „Mehr an Anklam als an Kiew denken.“

Die Osteuropa-Korrespondentin des Deutschlandradios, Sabine Adler, rief bei *Lanz* (vom 17.09.) in Erinnerung, wie AfD-Vertreter bei ihren Kontaktreisen in besetzte ukrainische Gebiete, zu Konferenzen in Moskau oder Gesprächen in Kaliningrad mit dem Wunsch konfrontiert wurden, die Kooperation mit Sahra Wagenknecht zu suchen, noch vor

deren Parteigründung. Umso weniger nimmt es wunder, dass die Gründerin beim Thema Russland auf Kuschelkurs mit den Rechtspopulisten geht. Mögen sich auch ansonsten keine inhaltlichen Schnittmengen auftun - wenn es um die Solidarität mit den russischen Terrorregime geht, verhalten sich AfD und BSW wie siamesische Zwillinge. Geld werde für die korrupte Ukraine verbrannt, das anderswo fehle, lautet eine der Untergangsparolen, und: „Sanktionen gegen Russland machen uns kaputt“. Ihre Forderungen im Nordosten der Republik sind deckungsgleich. „Merz stürzen“, „Russland-Sanktionen beenden“, „Nordstream 2 erneuern“.: Gemeinsame, völlig sachfremde Anträge im Magdeburger und Schweriner Landtag sollen sich gegen die „Aufrüstung“, die wiederbelebte Wehrpflicht und die Bundeswehr-Werbung an den Schulen richten.

Ebenso ziehen linke und rechte Populisten an einem Strang, wenn es um die Kündigung der öffentlich-rechtlichen Medienverträge geht. Wie beklagte sich doch die „Queen of Fernsehauftritte“ jüngst bei *Lanz* (v. 07.09.)? Sie sei zuletzt kaum noch in seinen Talkshows eingeladen worden. „Diese Opferrolle steht ihnen nicht zu“, konterte der Moderator treffsicher: „Haben Sie Entzugerscheinungen, oder was?“

Putins Badekappe

Wagenknechts Wächteramt plant außerdem den nächsten Coup. Das BSW will mit der kremlnahen, öffentlich-rechtlich hinreichend aussortierten Publizistin Gabriele Krone-

Schmalz als Friedenspräsidentschaftskandidatin auf der Bundesversammlung im Januar 2027 antreten. Als Putin begonnen hatte, die Ukraine zu überfallen, musste der Verlag C.H.Beck ihre gut verkauften Bücher aus dem Programm nehmen, um seinen seriösen Ruf nicht zu gefährden. Derweil tourte „Putins Badekappe“ – so ihr Spitzname! – durch proppenvolle Hallen und Säle im Osten der Republik, wo viele sich noch immer nach den seligen Zeiten zurücksehnen, da unübersehbare Russenpanzer für die nötige Sicherheit vor dem aggressiven Westen sorgten. Für den oststolzen Spruch „Wir kennen Russen!“ bekam die BSW-Spitzenkandidatin Claudia Wittig im zurückliegenden Landtagswahlkampf von Sachsen-Anhalt den meisten Applaus.

Vor ebenso dankbarem Publikum pflegt Krone-Schmalz ihre zentrale Botschaft von der Schuld des Westens vorzutragen, der sich den eigentlich friedlich gesinnten Putin, den *Paziputin*, habe „entgehen“ lassen.

Dass die frühere ARD-Korrespondentin in den öffentlich-rechtlichen Medien mittlerweile nur noch als *persona non grata* gehandelt wird, nimmt die BSW-Gründerin stets zum Anlass, über DDR-ähnliche Verhältnisse in den hiesigen Medien Klage zu führen. Wagenknecht spekuliert offenbar darauf, mit ihrer sog. Friedenskandidatin alle Stimmen der Putinverstehrer in den anderen Parteien einsammeln zu können.

Wahlsieger Siegmund in Sachsen-Anhalt hat bereits eine mögliche Zustimmung seiner Partei signalisiert. Und wer kann schon sicher sein, dass die Moskau-Fraktion in der

SPD um Mützenich und die Baku-Fahrer Stegner und Platzeck sich an eine Vereinbarung der Großen Koalition halten würden und Ilse Aigner von der CSU statt Krone-Schmalz zur ersten Bundespräsidentin wählen.

F.A.Z.-Mitherausgeber Berthold Kohler unkt schon in seiner Samstagsglosse „Fraktur“, auf diplomatischer Tour könnte Krone-Schmalz in Moskau für den NATO-Austritt Billiggaslieferungen für den Osten Deutschlands aushandeln. Und es gäbe dann auch wieder ein >Russisches Haus< in Berlin, „sogar ein vom Keller bis zum Dach renoviertes – das Bellevue.“

Empörungsdramaturgische Nullsummenspielchen

Damit dürfte auch Juli Zeh endgültig aus dem Rennen um das erste weibliche Staatsoberhaupt sein, in das sie sich selbst gerne eingebracht hätte. Die Brandenburger Schriftstellerin, vom Grünen Michael Kellner auch als „Sahra Wagenknecht der SPD“ bespöttelt, bekannte schon frühzeitig: „Ich könnte vom Persönlichkeitsprofil ganz gut reinpassen“. Ins renovierte Bellevue! Damit erweckte Zeh den Eindruck, mit seinem Anforderungsprofil laufe das Amt geradewegs zwingend auf sie zu. Sie wurde aber bislang nicht gefragt, auch nicht von Ihren Genossinnen in der SPD. Mit ihren populistischen Brandenburger „Nullsummenspielchen“ dürfte sie sich aber wieder Auftrieb verschafft haben. So mokierte sich jüngst ein Leserbriefschreiber in der F.A.Z. (v. 12.08.) über Zehs „hanebüchene Verknüpfung von Verteidigungsausgaben und fehlenden Schulbussen“.

Der Bundeshaushalt sei aber kein „Nullsummenspiel zwischen Rüstung und Regionalverkehr“. Eine solche Gegenüberstellung diene vor allem der eigenen „Empörungsdramaturgie“. Weiter heißt es in dem Leserbrief: Mit Mängelbeispielen aus Zehs Landleben - „dürftigen Buslinien, fehlenden Bäckereien, vernachlässigten Spielplätzen oder seltenen Arztterminen“ lasse sich kaum Verständnis für AfD-Wähler aufbringen.